

Annoucen-
Ausnahme-Bureau
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. S. Meier & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streifand,
in Reserich bei H. Mathias,
in Breschen bei J. Jadesch.

Posener Zeitung.
Neunzigster Jahrgang.

Annoucen-
Ausnahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. S. Meier & Co.,
Haaftenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Grätz
beim „Invalidendank“.

Nr. 337.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Donnerstag, 17. Mai.

Preis des Blattes 50 Pf., die sechsgehaltene Beilage oder berei-
nigte Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Amtliches.

Berlin, 17. Mai. Der König hat dem Legationsrath a. D.
Amtsvorsteher und Rittergutsbesitzer von Neumann auf Gerbstedt, im
Mansfelder Seekreise, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit
Eichenlaub; den Kapitän-Lieutenants von Ehrenroth und Herz, dem
Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer Freiherrn von Hammerstein
auf Bardau im Kreise Karthaus, dem Rektor des Real-Gymnasiums
auf Lüdenscheid, Mayer, und dem Oberlehrer Raabe am Gym-
nasium zu Kuhl, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Ober-
sten z. D. Lens zu Reife, zuletzt Kommandeur des Oberbayerischen
Feld-Artillerie-Regiments Nr. 21, und dem Obersten z. D. v. Pilgrim
zu Kassel, bisher Brigadier der 11. Gendarmen-Brigade, den könig-
lichen Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.
Der König hat den Regierungsrath Bode zu Liegnitz zum Ober-
Regierungsrath, und den leitenden Kreis-Physikus Dr. Böhde in
Stade zum Medizinal-Referenten ernannt, und dem praktischen Arzt,
Sanitäts-Rath Dr. Julius Jacobi zu Berlin den Charakter als Ge-
heimer Sanitäts-Rath verliehen.
Der Medizinal-Referent Dr. Böhde ist der königl. Landdrostei zu
Stade überwiesen worden.
Dem Ober-Regierungsrath Bode ist die Stelle des Dirigenten
der Finanz-Abtheilung bei der Regierung in Marienwerder übertragen
worden.

Politische Uebersicht.

Posen, den 17. Mai.

Die Erwartung oder die Befürchtung, daß die süddeutschen
Blätter, welche auf dem Standpunkt des Abg. Payer stehen,
nicht versäumen würden, die staatsrechtlichen Erörte-
rungen zu fruchtbarsten, welche der Redner der Volkspartei bei
der Staatsdebatte im Reichstage an die kaiserliche Bot-
schaft vom 14. April geknüpft hat, hat sich als gerechtfertigt
erwiesen. „Frankf. Ztg.“, „Beobachter“, „Württembergische Lan-
desztg.“ variiren die Ausführungen des Abg. Payer, daß der
Kaiser auf Grund der Reichsverfassung nicht das Recht habe,
direkt zum Reichstage zu sprechen. Der Finanzminister Scholz
oder wie er jetzt heißt, von Scholz, hat in seiner Ent-
gegnung zugegeben, daß das Recht des Kaisers, zum Reichstage zu
sprechen, nicht mit dürren Worten in der Verfassung stehe, daß
es aber Niemandem eingefallen sei, die Eröffnung des Reichstags
durch den Kaiser als verfassungswidrig zu bezeichnen.
„Der Kaiser, sagte Minister v. Scholz, ist dasjenige Organ des
Reichs, welches alle anderen Organe erst in Gang setzt und ihren Gang
regelt: dem Kaiser liegt die Regierung des Reiches ob, und darin ist
ohne Weiteres das Recht enthalten, zum Reichstage zu sprechen, ein
Recht, welches in der That auch von Ihnen nicht als ein solches an-
gesehen werden könnte, welches andere Rechte verlegt.“

Als der Abg. Richter im weiteren Laufe der Debatte zu
Worte kam, bemerkte er in seinem Namen und für seine Freunde:
„Wir haben einem Theil der Rede (des Abg. Payer) mit gewissen
peinlichen Gefühlen zugehört. Ich finde sie natürlich und erklärlich in
der Situation, aus welcher heraus sie gesprochen wurde; aber, m. G.,
für uns, die wir, so lange wir denken und arbeiten können, den na-
tionalstaat erstrebt und die nationale Politik der deutschen Regierung
mit Freuden unterstützt haben, hatte diese Rede allerdings etwas
schmerzliches und betrübendes. Auch für uns ist das deutsche Kaiser-
thum der Träger des nationalen Gedankens und wir möchten, wenn
wir im Augenblick mißmuthig geworden sind über die gegenwärtigen
Verhältnisse, uns niemals dazu verleiten lassen, einer Ansicht zu-
zustimmen, welche in ihren Konsequenzen zu dem Gegentheil des na-
tionalen Staates führen muß.“

Angeht diese Stellung der Liberalen ist es bedauerlich,
daß von offiziöser Seite der Versuch gemacht wird, trotz der Er-
klärung des Ministers v. Scholz, den Nachweis zu führen, daß
die Botschaft vom 14. April ein Ausfluß der Bestimmung der
Verfassung ist, derzufolge der Kaiser das Organ ist, welches den
Verkehr des Bundesraths mit dem Reichstage vermittelt. Dieses
Argument beweist nichts, weil es zu viel beweist. Denn aus
dem Wortlaut der kaiserlichen Botschaft vom 14. April ergibt
sich klar und deutlich, daß der Kaiser in diesem Falle nicht als
Organ der Vermittelung zwischen Bundesrath und Reichstag ge-
sprochen hat, indem er seine Auffassung ausdrücklich über die-
jenige seiner „hohen Verbündeten“ stellt, denen er für die ein-
müthige Unterstützung dankt. Diese Methode, die staats-
rechtliche Frage zu lösen, führt nicht zum Ziel, so lange nicht
nachgewiesen ist, daß die kaiserliche Botschaft an den Reichstag
vorher dem Bundesrath vorgelegen hat. Thatsächlich ist das
nicht der Fall gewesen; es hat also auch keine direkte Ver-
mittelung zwischen Bundesrath und Reichstag stattgefunden.
Durch die scharfsinnige Erörterung der „N. A. Ztg.“ wird das
Recht des Königs von Preußen, in seiner Eigenschaft als Kaiser
zum Reichstage zu sprechen, viel mehr verdunkelt als klar ge-
stellt. Und das können wir von unserm nationalen Standpunkte
aus nur bedauern.

Die gestrige Abend-Ausgabe der „Nordb. Allg. Ztg.“ ent-
hält das nachfolgende, an die Adresse der „Kreuztg.“ gerichtete
Dementi:

„Die Nr. 110 der „Kreuzzeitung“ theilt mit großer Sicherheit eine
Reihe von militärischen Personal-Veränderungen mit, die wir ermäch-
tigt sind, überall als lediglich erfunden zu bezeichnen. Wie unmaß
die gebracht Mittheilungen sind und auf welcher leichtfertigen Er-
findung sie beruhen, wird das die Zeitungen lesende Publikum in eini-
gen Tagen selbst beurtheilen können.“

Man wird hieraus zwei Schlüsse ziehen können, erstens,
daß demnächst wichtige Personal-Veränderungen in der Armee
bevorstehen, und zweitens, daß man in maßgebenden Kreisen
nicht gut auf das Organ der Hochkonservativen zu sprechen ist.

Aus einem dieser Tage erstatteten Ausschußberichte der
Hamburger Bürgerschaft, welcher die Auswandererfrage
behandelt, erhellt, daß die Ausarbeitung eines Reichsgesetzes über
das Auswandererwesen auf unbestimmte Zeit verschoben ist.
Man wollte in Hamburg verschiedene Bestimmungen über die
Auswanderung verbessern und war deshalb zuvor eine Anfrage
an die Regierung gerichtet worden, worauf die Antwort in
Berlin erfolgte, „daß in absehbarer Zeit nicht an die Vorlage
eines allgemeinen Gesetzes über das Auswandererwesen zu
denken sei.“

Der gegen die französische Geistlichkeit gerichtete
Gesetzesentwurf, der die Verletzung des Konfor-
dats mit Strafen belegen und dem Staat, den Departements
und Gemeinden die Liegenschaften zurückgeben will, welche im
Konfordat der Kirche nicht bewilligt worden sind, besteht aus
17 Artikeln. Die beiden ersten löschen die Staatskipendien
der geistlichen Seminarien und die Befolgungen der Canonici.
Die Artikel 3 und 4 heben die Dekrete auf, durch welche
dem Kultus oder den religiösen Anstalten Liegenschaften, die
dem Staat, den Departements oder den Gemeinden angehören,
zur Benutzung überlassen worden sind. Die Liegenschaften
des Staates werden in Unterrichts-Anstalten umgewandelt
oder zum Besten der Schulfasse verkauft. Die weiteren Ar-
tikel handeln von der Sperrung der Gehälter, wenn ein
Geistlicher seine Amtsgewalt mißbraucht, in amtlicher Eigenschaft
auf die Wahlen eingewirkt hat u. s. w. Zur Erhebung des
Gehalts hat jeder Geistliche einen von der bürgerlichen Behörde
ausgestellten Aufenthaltsschein beizubringen. Jeder Priester, der
in einer Diözese, zu der er nicht gehört, das Pfarramt ausübt,
wird nach den Artikeln 479 und 480 des Strafgesetzbuchs
bestraft. Die in den Händen des Pfarrers oder des Pfarrver-
weyers gelassenen Kirchenschlüssel können von der Gemeindebehörde
für bürgerliche Dienste verlangt werden. Der Pfarrer, welcher
sich dem von der weltlichen Behörde befohlenen Läuten der
Glocken widersetzt, wird mit einer Geldstrafe von 50 bis 200
Fr. belegt. Die Zivilbefugnisse einer bestehenden geistlichen
Anstalt werden streng begrenzt und einem Verwaltungs-Regle-
ment unterworfen. Die geistlichen Gymnasien werden künftig
dem Gesetz über den Gymnasial-Unterricht unterworfen sein.

Lord Dufferin begibt sich auf einige Zeit nach Lon-
don zurück; auf der Heimreise von Konstantinopel wird er in
Wien und Paris Aufenthalt nehmen. Die Aufgabe, welche
jetzt der Erledigung durch seine diplomatische Geschicklichkeit harrt,
betrifft die Reformen in Armenien. Es ist wahrschein-
lich, daß auch die ägyptische Frage dem Gegenstand der Unter-
haltung zwischen dem englischen Botschafter und den Ministern
Österreichs und Frankreichs bilden wird. Bekanntlich wurde vor
Kurzem das Gerücht von ernstlichen Meinungsverschiedenheiten
zwischen dem Rhebive und Lord Dufferin bezüglich der zukünftigen
Organisation der ägyptischen Verwaltung verbreitet. Der Korre-
spondent der „Times“ in Kairo widerspricht diesen Gerüchten
auf das Bestimmteste. Wie er versichert, hat ihm der Rhebive
in einer Audienz Folgendes mitgetheilt:

„Von Anfang an haben eigennützige Leute stets versucht, Schwie-
rigkeiten zwischen mir und Lord Dufferin zu erzeugen,
indem sie einem jeden von uns imaginäre Aeußerungen des andern
wiederholten. Ich ersuchte Lord Dufferin sofort, diesen Gerüchten keine
Aufmerksamkeit zu schenken und sagte, daß, wenn immer ich von ihm
differirte, ich ihm meine ehrliche Meinung persönlich ausdrücken würde.
Er versprach, daß er dasselbe thun würde, und da wir beide überzeugt
waren, daß wir mit demselben uneigennütigen Zwecke wirkten, waren
wir sicher, daß wir schließlich mit einander übereinstimmen würden.
Man kann nicht erwarten, daß in solch verwickelten Fragen zwei
Männer über jedes Detail dieselbe Ansicht haben. Lord Dufferin hat
größere allgemeine Erfahrungen. Ich besitze eine genauere Kenntnis
des Landes. Bei keiner einzigen Gelegenheit entzweiten wir uns jemals
über die zu verfolgenden Hauptzwecke. Mit vollkommener Herzlichkeit
erörterten wir Details und das Ergebnis sind die Dekrete, die ich gern
und bereitwillig unterzeichnete und mit denen er ebenfalls zufrieden ist.
Wenn ich irgend welche Zweifel betreffs der Ansichten Englands hegte,
so sind dieselben durch Lord Dufferins Mission verschwunden.“

Wie man auch der „Pol. Corr.“ auf Grund „authentischer
Informationen“ aus Konstantinopel meldet, hat Lord Dufferin
in einer Abschieds-Unterredung mit dem Sultan entwickelt, daß
die von Eiferern in Egypten eingeführten Reformen nicht bloß
diesem Lande allein zum Heile gereichen werden, sondern auch
den Interessen der Türkei entsprächen und förderlich seien. Im
weiteren Verlaufe der Audienz beschäftigte sich Lord Dufferin mit
dem die Reformen in Armenien betreffenden Artikel 61 des Ber-
liner Vertrages und erinnerte den Sultan an sein Versprechen,
die Einführung von Reformen in Armenien fördern zu wollen.
Der Sultan nahm die Erklärungen Lord Dufferins betreffs
Egyptens sehr wohlwollend auf, gab überhaupt seiner Befriedi-
gung über die gegenwärtige Situation am Nil Ausdruck und
sprach Lord Dufferin für die Herstellung der Ordnung in Egypten
seinen Dank aus. Bezüglich Armeniens erklärte der Sultan,

daß er die Einführung von Reformen in allen Provinzen an-
geordnet habe.

Das norwegische Odelsthing hat nunmehr nach
dem Antrage des Protokollauschusses alle zur Einleitung der
Reichsgerichtsanklage wider das Ministerium
Selmer nöthigen Maßnahmen getroffen. Nach dem Vor-
schlage des Ausschusses sollte die Anklage gegen jeden Minister
besonders erhoben werden, weil nach § 87 der Verfassung jedem
Angeklagten das Recht zusteht ein Drittel der Mitglieder des
Reichsgerichts abzulehnen. Da die Regierung aber den Wunsch
zu erkennen gegeben hatte, daß die Anklage gegen alle Minister
gemeinsamlich erhoben werden möge, so hat das Odelsthing
beschlossen, das Aktionskomitee zu bevollmächtigen, nach Umständen
die Anklage wegen mehrere Minister gleichzeitig erheben zu
können. Das Aktionskomitee, bestehend aus den beiden Stortings-
präsidenten Joh. Sverdrup und Steen nebst den Abgeordneten
Bernier, Nelsen und Haugland, wird den drei Anklägern Dahl,
Vlehr und Beutjen alle nöthigen Instruktionen erteilen. Am
vorigen Sonnabend hat das Aktionskomitee seine konstituierende
Sitzung abgehalten und Joh. Sverdrup zum Vorsitzenden und
Bernier zum Sekretair erwählt. Als Hauptankläger wird der
Abg. Dahl fungiren. Von sämmtlichen Beschlüssen des Komites
wird dem Justizministerium, dem Storting und dem Lagthing
Mittheilung gemacht. Am nächsten Freitag soll das Reichs-
gerichts zusammentreten; an diesem Tage soll bereits die Ver-
handlung gegen den Ministerpräsidenten Selmer, am Sonnabend
die gegen die übrigen Minister stattfinden.

Von den Juden in Rußland wird die Ernennung
des Grafen Pahlen an Stelle des verstorbenen Matow zum
Präsidenten der vielbesprochenen Judenkommission
in sympathischer Weise begrüßt und erweckt manche fast schon
gänzlich aufgegebene Hoffnung. Die jüdische Zeitschrift „Woschod“
gibt dieser Stimmung in unverhohlener Weise Ausdruck. Indem
sie die völlige Unparteilichkeit des Grafen Pahlen rühmend her-
vorhebt, betont sie, die Juden hätten immer und überall nichts
als Unparteilichkeit und strenge Gerechtigkeit für sich verlangt
und könnten deshalb mit der Ernennung des Grafen Pahlen sehr
zufrieden sein.

Der Friedensvertrag zwischen Chile und
Peru ist nach einer aus Valparaiso eingegangenen Meldung
durch Novoa als Vertreter Chiles und durch den Präsidenten
von Nordperu, General Iglesias, unterzeichnet worden. Im
Friedensvertrage ist bestimmt, daß Tacna und Arica von Peru
auf 10 Jahre an Chile abgetreten werden; nach Ablauf dieser
Frist soll durch eine Volksabstimmung darüber entschieden werden,
zu welchem Lande die gedachten Provinzen für die Zukunft ge-
hören sollen. Derjenige Staat, der die beiden Provinzen erwirbt,
würde verbunden sein, demjenigen Staate, der dieselben abzu-
treten hat, eine Entschädigung zu leisten.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 16. Mai. Die durch die neueste preussische
Note an die Kurie und durch die Aufnahme derselben im Vatikan
geschaffene kirchenpolitische Lage ist noch keineswegs
klar; sicher ist nur Eins: daß man in Rom auf der Grundlage
des neuesten preussischen Vorschlags nicht verhandeln will; das
geht zur Genüge aus der Eilfertigkeit hervor, womit man die
deutsche kirchliche Presse über die Unzufriedenheit der Kurie mit
der jüngsten Note der Regierung informiert hat. Die Angaben
der kirchlichen Blätter aber, wonach diese Note gar nicht auf die
nähere Erläuterung eingegangen wäre, welche die letzte Note
des Cardinals Jacobini auf diesseitiges Verlangen betreffs
der päpstlichen Forderungen gegeben hatte, dürften keinen
Glauben verdienen. Diese Forderungen hatten sich bekannt-
lich im Allgemeinen auf die „Freiheit“ der Ausbildung
der Geistlichen und der Ausübung des geistlichen Amtes
bezogen; die von der Kurie dazu gegebenen Erläuterungen haben
ohne Zweifel alsbald erkennen lassen, daß mit der Bewilli-
gung der vatikanischen Forderungen jede Sicherheit gegen eine
jesuitische Ausbildung des gesammten Klerus und gegen den
Mißbrauch des geistlichen Einflusses zu weltlichen Zwecken ver-
schwinden würde. Es ist aber trotzdem nicht anzunehmen, daß
diese Einzelheiten von der preussischen Note lediglich mit Still-
schweigen übergangen worden; allem Anscheine nach ist vielmehr
in dem Sinne darauf eingegangen worden, daß man andere, als
strafgerichtliche Folgen für die Uebertretung der bezüglich ge-
stlichen Bestimmungen vorschlug — was man jetzt von Rom aus
den Versuch der Beibehaltung des „ganzen maigeschlichen Appa-
rates“ nennt, damit deutlich bekundend, wie weit die kirchlichen
Hoffnungen sich verliegen hatten. Indes je weniger die von Rom
aus in die deutsche ultramontane Presse lancirten Schilberungen
der letzten preussischen Note der Wahrheit entsprechen dürften,
um so unbedingter beweisen sie, daß im Vatikan der Entschluß
gefaßt worden ist, zunächst sich wieder auf das hohe Pferd zu
setzen und von der angeblich vorhandenen parlamentarischen



Majorität für eine „organische Revision“ der Majestäts-Verletzung in einer neuen Kampfstellung gegen die Regierung zu erwarten. Offenbar soll zu diesem Zwecke die Auffassung der liberalen Wähler durch die tendenziösen Angaben über den Inhalt der preussischen Note im Voraus so geleitet werden, daß die jedenfalls nicht ausbleibende Veröffentlichung des Textes schon einer vorgefaßten Meinung begegnet. Danach ist allerdings aber anzunehmen, daß der politische Rückschlag dieses Verfahrens auf das Verhältnis zwischen der Regierung und dem Zentrum ein um so stärkerer sein wird; denn Fürst Bismarck ist jedenfalls nicht der Ansicht, daß er der Kurie nichts Annehmliches angeboten habe, und er wird daher die sich jetzt entwickelnde Taktik als eine äußerst schände empfinden. Unter solchen Umständen braucht man dem augenblicklich sich nur aus zufälligen Gründen etwas stärker accentuierenden Gegensatz zwischen den aristokratischen und den demokratischen Elementen des Zentrums keine Bedeutung beizulegen: so lange der kirchenpolitische Kampf noch um die wichtigsten Positionen, um welche seit zehn Jahren gestritten wird, fortbauert, wird derselbe die Richtung Schorlemer und die Richtung Bachem-Majunke zusammenhalten — länger allerdings wird dies wohl nicht gelingen.

8. Berlin, 16. Mai. Der König und die Königin von Sachsen sind heute Mittag 12 Uhr mit einer viertelstündigen Verspätung wohlbehalten auf dem diesigen Anhalter Bahnhofe eingetroffen. Die Verspätung lag an dem Umstande, daß der Zug im Außenbahnhofe geteilt werden mußte, um es zu ermöglichen, daß der eingefügte Salonwagen des Königs paares in die Perronhalle auf der Abfahrtsseite vor den Fürstenzimmern einlaufen konnte. In der Begleitung der Majestäten befanden sich u. A. der sächsische Gesandte v. Nothmann-Wallwitz und der Militär-Bevollmächtigte Oberst von der Planitz, welche dem Königs paares bis zur Landesgrenze entgegengefahren waren. Der Kaiser, welcher die Uniform seines sächsischen Grenadier-Regiments angelegt hatte, fand sich bereits um 11 1/2 Uhr in den königlichen Wartelokalons ein, wo sich schon zuvor der Kronprinz in der hellblauen sächsischen Husaren-Uniform, die Prinzen Wilhelm, Alexander und August von Württemberg, ebenso die Gemahlin des Gesandten v. Nothmann, mit mehreren Damen höherer sächsischer Offiziere, Vice-Direktionsmeister v. Rauch, der Stadtkommandant General von Döbeln-Bronikowski und Polizeipräsident von Madai versammelt hatten. Ueberaus herzlich war die Begrüßung zwischen den Mitgliedern unseres Königs paares und den sächsischen Herrschaften. Kaiser Wilhelm und Königin Albert umarmten sich wiederholt, während Ersterer die Königin Carola mit einem Handkuss und warmen Worten des Willkommens begrüßte. In der offenen zweispännigen Kalesche, heute mit Vorreiter, nahmen die beiden Monarchen Platz, König Albert in der Uniform seiner ostpreussischen Dragoner zur Rechten, die Königin folgte in geschlossener Galatsche. In den von den sächsischen Herrschaften bewohnten Königskammern im königl. Schlosse fand alsbald ein Dejeuner statt, nach welchem um 1 Uhr der Besuch der Hygiene-Ausstellung geplant war. Morgen wird der Kaiser mit dem Könige von Sachsen die Besichtigung des Lehr-Infanterie-Bataillons und der Unter-Offizierschule in Potsdam vornehmen.

Der französische Krönungsbotschafter Waddington hat seine Weiterreise von hier nach Moskau bis heute Abend verschoben. Gestern Abend sind noch aus Paris der Bruder desselben, Mr. Richard Waddington, sowie der außerordentliche Minister Comte de Pontécoulant und General Pittié in Berlin angekommen, um sich der Deputation noch anzuschließen.

Die Gesandtschaft der Königin von Madagaskar ist heute Nachmittag 2 1/2 Uhr über Weimar, Mainz, Köln und Essen, wo dieselbe zur Besichtigung der Krupp'schen Establishments noch einen kurzen Aufenthalt nimmt, via Bissingen nach London abgereist.

Der thüringische Städtetag hat in seiner kürzlich abgehaltenen Jahresversammlung den Beschluß gefaßt, die Wiedereinführung der Prügelstrafe in den Korrigenden-Anstalten als notwendig zu empfehlen. „Selbst der konservative Minister v. Puttkamer“ so bemerkt dazu die „Voss. Ztg.“, „konnte vor zwei Jahren nicht anders, als auf ein ähnliches Ansuchen einer kommunalständischen Körperschaft ablehnend antworten; es ist deshalb wohl die Beforgnis ausgeschlossen, daß jetzt dem wiederholten Ausdruck eines selbst von den meisten Anstaltsdirektoren verurteilten Verlangens stattgegeben werde.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“, welche schon neulich den Herren Bulgaren im Auftrage einen kalten Wasserkrahl applizierte, knüpft heute an eine Polemik mit dem in Sofia erscheinenden „Balkan“ — dem offiziellen Organ der russischen Generale Sobolew und Kaulbars, die sich bekanntlich seit einiger Zeit in bulgarischen Ministerstellungen befinden — folgende ernstliche Verwarnung:

„Angesichts der Aufforderungen des offiziellen Blattes, Serbien, Griechenland und Bulgarien möchten sich vereinigen, um gemeinsam die europäische Türkei zu schützen, wollen wir bemerken, daß es bedauerlich wäre, wenn die neu geschaffenen Donaufstaaten nach ihrer Emanzipation von der türkischen Herrschaft jetzt andere Zwecke verfolgen wollten, als die einer geordneten inneren Entwicklung. Es kommt ihnen nicht zu, abenteuerliche Großmachtspolitik zu treiben, und sollten sie dies versuchen, so würden sie kaum verhindern können, daß vielseitig die Frage aufgeworfen werde, ob man überhaupt wohl daran gethan hat, jene Staatengebilde ins Leben zu rufen.“

Paris, 13. Mai. Heute wurde hier der vierte Regional-Kongress des Föderativbundes von Mittelfrankreich eröffnet. Derselbe soll über folgende Fragen berathen: über Gewerbekammern und Associationsfreiheit; besondere Einrichtungen der Wohnungen und die Frage der Miethe; über die Einwanderung von fremden Arbeitern in Frankreich und das daraus entspringende Sinken der Löhne; über die Krisis, die gegenwärtig die Arbeiter durchmachen; über das periodische Eintreten der Krisen, ihre Ursachen und die Mittel, sie zu verhindern; über die Verringerung der Arbeitszeit; über die Mittel und den Modus des internationalen Austausches vom Standpunkte der Produktion aus; über die gegenwärtige Art, die Arbeiter zu versichern; über die Nothwendigkeit einer sozialen Reform; über die Organisation der öffentlichen Dienste in der Gemeinde und der Nation. — Der Gesetzentwurf über die Erziehung der Soldatenkinder, welchen der Kriegsminister der Kammer vorlegen wird, bestimmt, daß die Soldatenkinder aus den Kasernen entfernt und in besonderen Schulen erzogen werden sollen. Die Aufnahme geschieht im zwölften

Lebensjahre, der Austritt nach fünf Jahren. Dann können sich die Soldatenkinder auf fünf Jahre anwerben lassen und, nachdem sie drei Monate als gemeine Soldaten gedient, können sie Korporale und nach weiteren drei Monaten Unteroffiziere werden. Der Ministerrath hat den Entwurf bereits gutgeheißen. — General Pittié, welcher den Präsidenten der Republik bei der Krönung des Jaren vertritt, reist heute Abend nach Moskau ab. — Der irrsinnige Attentäter Altschüler ist aus Frankreich ausgewiesen worden. Seine Familie läßt ihn in eine Brüsseler Irrenanstalt bringen. Die drei Opfer Altschüler's sind außer Gefahr. — Die Subskription für das Gambetta-Denkmal schreitet nur langsam vorwärts. Sie brachte seit ihrer Eröffnung nur 143,822,65 Francs ein.

Petersburg, 13. Mai. Die Katkow'sche „Moskauer Wod.“ bleibt gegen alle Liebeswerbungen von Seiten der polnisch-nationalen Agitation taub und unempfindlich und verhält sich der event. „Auslöschung“ gegenüber, die auf Kosten Deutschlands zu erfolgen hätte, sehr mißtrauisch.

Wir sind der Meinung, — läßt die genannte Zeitung sich vernehmen — daß wir aus der Stellung der Polen in Oesterreich für uns manche Lehren ziehen können. Es genügt wenn wir auf die beständigen, systematischen Unterdrückungen aufmerksam machen, denen die drei Millionen zählende russische Bevölkerung in Galizien, diesem unalten russischen Gebiet, durch die Polen ausgesetzt ist. Wir erinnern nur an den Prozeß im vorigen Jahre in Lemberg und an die Verfolgungen, denen gegenwärtig die griechisch-katholische Kirche ausgesetzt ist, und ersehen daraus, in wie weit die Polen fähig sind, sich den Geist der Verhöhnung anzueignen und in wie weit sie berufen sind, der Idee (der slavischen Einbeit) zu dienen, welche die polnische Angelegenheit in der russischen Presse zu ihren Gunsten auszubeuten angefangen haben.“

In Bezug auf die „Pet. Wod.“, welches Blatt in der letzten Zeit ganz besonders zu Gunsten einer Auslöschung mit den Polen thätig ist und Rußland bei jeder Gelegenheit vor den Anschlügen Deutschlands warnt, meint das Organ des Herrn Raikow:

„Der völlig konfus gemachte Redakteur der „Pet. Wod.“ weiß selbst nicht, was er redet. Seinen unzusammenhängenden Reden läßt sich nur entnehmen, daß es der Intrigue bisher gelungen ist, Leute in ihren Netzen zu fangen, die einmals von dem Gefühl ihrer Nationalität und dem des Patriotismus durchdrungen waren.“

Petersburg, 16. Mai. (Telegramm.) Gestern Mittag fand die Beizehung des verstorbenen Reichskanzlers Fürsten Gortschakow in der Familiengruft im Sergiuskloster statt. Gegenwärtig waren: der Kaiser, mehrere Mitglieder des Kaiserhauses, der Minister des Auswärtigen, v. Giers, und andere höhere Beamte des Auswärtigen Amtes, die Botschafter Fürst Lobanow-Rostowski, v. Saburow, v. Melidom, die gewesenen Botschafter Graf Ignatjew, v. Dubril und v. Nowikow und die Verwandten des Verstorbenen. Vom diplomatischen Korps waren anwesend: der deutsche Botschafter, Generalleutnant v. Schweinitz, der deutsche Militärattaché, Generalleutnant v. Werder, und die Gesandten Schwedens und Dänemarks. Neben wurden nicht gehalten. Der Kaiser warf die erste Hand voll Erde auf den Sarg. — Gestern ist die Krönungskommission mit ihrem Präsidenten, Grafen Pahlen, und das gesammte Ceremonialamt nach Moskau abgegangen. — Infolge diesbezüglicher Entschliekung des Ministerkomites ist anbefohlen worden, während des Krönungstages und während der beiden darauf folgenden Tage diejenigen Behörden in Petersburg und Moskau ruhen zu lassen, welche dadurch keine Geschäftsstörung erleiden. — Die Königin von Griechenland ist gestern hier eingetroffen.

### F. XXV. Allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung.

(Original-Bericht der „Posener Zeitung“).

Bremen, 15. Mai.

Unter äußerst zahlreicher Theilnahme eines sehr gewählten Publikums wurde die Versammlung heute Vormittag gegen 4 Uhr im Festsaale des Bremer Künstlervereins mit dem Gesange: „O heiliger Geist, fehr' bei uns ein“ eröffnet.

Die Versammlung war von etwa 1600 Lehrern und Lehrerinnen aus allen Theilen Deutschlands und Oesterreichs besucht. Die österreichische Regierung hatte drei hervorragende Pädagogen auf Staatskosten zu der Versammlung entsandt. Nachdem Realschuldirektor Debbe (Bremen) zum ersten, Seminarlehrer Galben (Hamburg) zum zweiten und Lehrer Nörle (Gera) zum dritten Vorsitzenden gewählt worden war, äußerte sich Bürgermeister Gildemeister (Bremen) etwa folgendermaßen: Es ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, Sie im Namen der Regierung des Bremischen Staates zu begrüßen. Die Wohlthat eines jeden Staates ist mit der Wohlthat der Schule aufs Engste verbunden, deshalb ist es Pflicht des Staates, Ihnen sowohl seine Sympathien entgegenzubringen, als auch Ihnen Ihre volle Freiheit zu lassen. Der Staat kann sich wohl Pädagogen ausbilden, aber er kann sie nicht schaffen und wenn eine Regierung Ihre Bestrebungen richtig auffaßt, so muß sie zu der Einsicht gelangen, daß dieselben nur in voller Freiheit gedeihen können (Beifall). In dieser Weise kann unser kleine bremische Staat dasselbe leisten, wie der größte Staat in Deutschland. Wenn Ihnen Bremen auch nicht viel bieten kann, so werden Ihnen doch von der gesammten Bremer Bevölkerung die größten Sympathien entgegengebracht. Nicht nur im Namen der Bremer Regierung, auch im Namen der Bremer Bevölkerung heiße ich Sie herzlich willkommen (Lebhafter Beifall). — Konful S. S. Meier begrüßte ebenfalls die Versammlung Namens der Bremer Bürgerschaft. — Pastor Vortig (Bremen) hieß seinerseits die Versammlung willkommen. „Wo die Schule sich versammelt, darf die Kirche nicht schweigen. Beide sind verpflichtet, für die geistige und sittliche Erziehung der Menschen gemeinschaftlich zu wirken. In Bremen, wo wir eine wahrhaft liberale Kirche haben, wo alle Bekenntnisse volle Befriedigung finden, wo man keinerlei Intoleranz kennt, giebt es keinen Gegensatz zwischen der Kirche und der freien Schule.“ (Lebhafter Beifall). — Professor Dr. Specht (Karlsruhe) überbrachte der Versammlung Grüße von der badischen Oberschulbehörde, den städtischen Behörden und der Lehrerschaft von Karlsruhe, in dessen Mauern die letzte Lehrerversammlung getagt hat.

Der Vorsitzende, Realschuldirektor Debbe (Bremen), begrüßte die Versammlung Namens der Bremischen Lehrerschaft und brachte ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus, in das die Versammelten dreimal lebhaft einstimmten. Auf Vorschlag des Direktors Debbe wurde alsdann sogleich beschlossen, folgendes Telegramm abzuschicken: „An Se. Majestät den Kaiser und König. Die 25. Allgemeine deutsche Lehrerversammlung, soeben mit einem begeisterten Hoch auf Seine Majestät eröffnet, sendet Ew. Majestät ehrfrüchtvollsten Gruß mit dem herzlichsten Wunsche auf Gesundheit und Wohlergehen.“ — Realschuldirektor Dr. Wichard Lange (Hamburg) sprach hierauf über: „Was wir Lehrer uns in allen Zeitläuften zu bewahren haben.“ Seit dem Bestehen der deutschen Lehrer-Versammlung — so

ungefähr bemerkte der Redner — hat die Schule die verschiedensten Stadien durchgemacht. Zunächst wurde ihr der Vorwurf gemacht, daß sie die demokratische Bewegung verschuldet habe, alsdann wurde ihr ein Ruhmesantheil an den gewonnenen Schlachten zugesprochen und nun soll sie wieder die gesammte liberale Bewegung verschuldet haben. Die Schule verdient weder den ihr zugehenden Ruhm, noch die erwähnten Vorwürfe, denn ganz abgesehen, daß der Löwenantheil auf die Erziehung der Familie zusteht, so wirken so viele andere Verhältnisse auf den Jüngling, wenn er die Schule verlassen hat, daß dieselbe nur zum kleinsten Theile für seine Handlungen verantwortlich zu machen ist. Allerdings lassen sich in den Schuljahren die jugendlichen Gemüther wie Wachs beeinflussen und deshalb ist es unsere Aufgabe: uns in allen Zeitläuften die Bedeutung von unserer Berufsthätigkeit, die Liebe zu unserem Berufe und unserer Jugend, die wissenschaftliche und pädagogische Strebensart zu bewahren. Die Schule muß außerdem eine erziehlche sein und bleiben, die Lehrer müssen für das Leben erziehen, sie müssen sich in allen Zeitläuften bewahren den Glauben an die feste und unaufhaltsame Fortentwicklung der Menschheit, an die Macht der Wahrheit und an den Sieg des Idealen, die Liebe für das Vaterland erwecken und endlich müssen sich die Lehrer das Standesbewußtsein und den kollegialen Sinn bewahren. Unser Beruf ist wohl ein sehr schwerer, ja aufreibender, aber auch gleichzeitig ein schöner und eminent wichtiger. Besterer Umstand ganz besonders wird auch von vielen Seiten anerkannt und deshalb sind alle politischen Parteien bemüht, die Lehrer für sich zu gewinnen. Der Lehrer, der seine Aufgabe richtig erfaßt hat, wird aber keine einseitige Parteipolitik treiben, nur das Interesse der Schule im Auge haben, nichts gegen dieses Interesse unternehmen, wenn es auch die sogenannte Parteidisziplin erfordert. Leidet das Schulinteresse, wenn der Lehrer sich an der politischen Bewegung theilheilt, so muß er diese Theilheilung unterlassen, allem man kann wohl das Eine thun und das Andere nicht lassen. Es ist dies ein großes Glück für die Schule, denn sonst würde bei Besprechung der Schulangelegenheiten in der Öffentlichkeit nur die graue Theorie zum Ausdruck gelangen. Die deutschen Lehrerversammlungen haben zur Wahrung des Standesbewußtseins der Lehrer und der Kollegialität wesentlich beigetragen, möge das auch hinfür immer so sein. (Stürmischer, langanhaltender Beifall). — Von einer Debatte wurde, — um dem Eindruck des Vortrages nicht zu verwischen, Abstand genommen. — Seminar-Direktor Dr. Credner (Bremen) sprach hierauf über „die Ueberbürdungsfrage.“ Der Redner bezeichnete die Ueberbürdungsfrage als eine höchwichtige praktische Erziehungsfrage. Die rationelle Pädagogik hat für die einzelnen Schulkategorien das rechte Maß der Körper- und Geistesgymnastik zu bestimmen und dafür zu sorgen, daß nicht das Uebermaß in der einen Beziehung nach der anderen schädlich werde. Ob Ueberbürdung stattfindet, ist davon abhängig zu machen; ob dem normal anolegeten Schüler nach Auf fertigung seiner Schularbeiten das nötige Quantum Schlaf gesichert ist, ob der Jüngling nach mehrstündigem Schulunterricht sich ausruhen und erholen kann, ob die häuslichen Aufgaben so eingerichtet sind, daß den Knaben und Mädchen noch Zeit übrig bleibt, sich im Hause nützlich zu machen und die Fertigkeit und Gewandtheit zu erlernen, welche das praktische Leben notwendig macht. Im Allgemeinen darf der modernen Schule das Lob zuerkannt werden, daß sie das rechte Maß gefunden habe. Dagegen überbürden vielfach die Eltern ihre Kinder durch das Ertheilenlassen von Privatunterricht, ferner indem sie die Kinder in eine deren geistigen Anlagen nicht entsprechende Schule schicken, ihnen Freuden und Vergnügungen gewähren, die sich mit den Schulpflichten nicht vereinigen lassen. Doch auch die Lehrer überbürden auch zuweilen ihre Schüler durch unnötige Aufgaben etc. Derartige Fehler, soweit sie noch vorkommen, — Zukunft zu vermehren und fest und unentwegt nach den Forderungen der neuen Pädagogik wissenschaftlich zu verfahren zu wollen, ist die einzig richtige Antwort, die die Versammlung dem Publikum zu ertheilen vermag. (Stürmischer, langanhaltender Beifall). Der Redner propitierte schließlich eine Reihe seiner Ausführungen entsprechende Thesen. Schuldirektor Dr. Bartels (Gera): Eine eigentliche Ueberbürdung der Volksschule liegt nicht vor. Allerdings sei es notwendig, daß die Volksschüler ihre Schulaufgaben möglichst in den Schulstunden machen. Die Fach-Lehrer und die Eitelkeit vieler Lehrer seien das Hauptgrundübel der Ueberbürdung. — Direktor Dr. Keierlein (Hamburg) behauptete, daß Ueberbürdung in allen Schulen, auch in der Volksschule und in den höheren Töchterschulen vorhanden sei. — Gymnasiallehrer Dr. Noack (Herford) stellt folgende Sätze auf: 1) „Ueberbürdung ist in vielen Schulen vorhanden, 2) Es ist Aufgabe der deutschen Lehrerschaft, ernsthaft Mittel und Wege aufzusuchen, um diesen Uebelstand zu beseitigen, 3) der Pflege des Körpers ist mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, als dies in vielen Orten gegenwärtig der Fall ist.“ — Gymnasiallehrer Dr. Zimmermann (Homburg): Die vielen Prüfungen tragen auch wesentlich zur Ueberbürdung bei. Auch sei es ernsthaft in Erwägung zu ziehen, ob nicht im Allgemeinen eine leichtere Lehrmethode zu finden sei. — Realschullehrer Rutsch (Elbing): Die veränderten Familienverhältnisse lassen vielleicht eine Aenderung der Schulorganisation für geboten erscheinen. Ich halte aus diesem Grunde die vorliegende Frage noch nicht für ganz spruchreif und ersuche Sie, von jeder Beschlußfassung abzustehen. — Es sprachen noch Direktor Dr. Rippenberg (Bremen) und Schulinспекtor Bachhaus (Dnabruik). Auf Antrag des Letzteren wurde schließlich einstimmig resolviert: „Die Versammlung erklärt sich mit den Thesen des Herrn Direktor Dr. Credner im Allgemeinen einverstanden.“ Danach wurde die Versammlung gegen 2 1/2 Uhr Nachmittag auf morgen Vormittag 11 Uhr vertagt.

### Locales und Provinzielles.

Posen, 17. Mai.

Die Prüfungs-Kommission für die wissenschaftliche Staatsprüfung der Kandidaten des geistl. Amtes in der Provinz Posen besteht für das Jahr 1883/84 aus den Herren:

Dr. G e h, General-Superintendent, zugleich Vorsitzender der Kommission.

Dr. P o l t e, Provinzial-Schulrath.

Re i c h a r d, Konfistorial-Rath.

r. Diebstähle. Vorgefunden Nachmittags gestellte sich auf der St. Martinsstraße zu einer Frauensperson aus Oberschlesien, welche eben hier angekommen war, und der man wohl anah, daß „sie nicht von hier war“, ein Frauenzimmer und versprach, derselben ein williges Logis zu besorgen. Um sich bei der starken Hitze zuvor zu stärken, gingen Beide in eine Destillation auf der St. Martinsstraße, wo sie treue Freundschaft schlossen und dieselbe mit mehreren Schnäpsen befelegten. Kurze Zeit darauf entfernte sich die neue Freundin, angeblich auf einen Augenblick. Als sie aber nicht zurückkehrte, und die Oberschlesierin endlich gleichfalls die Destillation verlassen wollte, bemerkte sie zu ihrem Schrecken, daß aus der Tasche ihres Kleides von der „treuen“ Freundin, einer jedenfalls ganz geringen Taschendiebin, ihr Portemonnaie mit circa 20 M. Inhalt entwendet war.

Δ Reisen, 15. Mai. [Königs schießen. Leichenwagen.] Bei dem gestern und heute hier abgehaltenen und vom herrlichsten Wetter begünstigten Königschießen erwarb der hiesige Maler August Klopisch die Königswürde. Den nächstbesten Schuß that der Fleischermeister Franz Nachsahl. — Seit einigen Tagen besitzt die hiesige Schlingengilde einen aus den Fonds der Schützen-Sterbefasse angeschafften Leichenwagen, welcher von dem Regenbaumeister Garber in Gubrau für den Preis von 495 M. geliefert worden ist. Derselbe ist in solider, eleganter Bauart hergestellt, reich verguldet und steht den Mitgliedern der Schützen-Sterbefasse unentgeltlich allen Anderen für eine geringe Entschädigung zur Verfügung.







Produkten-Börse.

Berlin, 16. Mai. Wind: SO. Wetter: Sommerlich. Bei dem prachtvollen Wetter und den vorherrschend klaren aus...

nach Qual., gelbe Lieferungsqualität 195,0 M., weißer polnischer bunter — märkischer mittel — schleischer — per diesen Monat...

Sad. Loko und per diesen Monat 27,5, per Mai-Juni —, per Juni-Juli —, per Juli-August —.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 16. Mai. Die heutige Börse eröffnete in abgeschwächter Haltung und bei großer Reizbarkeit der Spekulation lag das Geschäft auf fast allen Verkehrsgebieten sehr ruhig.

Anlagen, und fremde festen Zins tragende Papiere konnten sich im Allgemeinen gut behaupten. Die Kassamärkte der übrigen Geschäftszweige wiesen bei meist...

Deutsche und preussische Staatsfonds verkehrten in fester Haltung ruhig; inländische Eisenbahnprioritäten fest und ruhig.

Umrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franken = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden sächs. Währung = 12 Mark.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Includes sections for Wechsel-Kurse, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, and various bank and industrial stocks.